

# Wendepunkte

- Energiepolitik • Mobilität • Umweltpolitik
- Industrie- und Dienstleistungspolitik • Strukturpolitik



Nr. 3 / 05. November 2012

**Wie werden die Kosten der Energiewende verteilt?:** Industrie und Verbraucher nicht gegeneinander ausspielen .....[Seite 1](#)

**Europäische Industriepolitik:** Wie neu ist die „neue Industriepolitik“ der EU? .....[Seite 3](#)

**DGB-Konferenz „Finanzierung des Energieumstiegs“:** Praktische Beispiele für innovative Finanzierungsansätze .....[Seite 5](#)

**Plattform:** Aktivitäten der Abteilung Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik und Aktuelles .....[Seite 7](#)

## Industrie- und Verbraucherinteressen nicht gegeneinander ausspielen

*In den letzten Wochen wurde in den Medien intensiv über die Kosten der Energiewende und die steigenden Strompreise debattiert. Dabei wurde vielfach der Zusammenhang zwischen den Ausnahmeregelungen der Industrie einerseits und steigenden Strompreisen für Privatkunden und Mittelstand andererseits hergestellt. Es ist richtig, dass die Ausnahmeregelungen zur Erhöhung der Ökostrom-Umlage für den Rest der Verbraucher beitragen. Sie sind jedoch für energieintensive Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, unerlässlich. Nur so können Arbeitsplätze und damit auch die Wertschöpfungskette in Deutschland erhalten werden.*

„Deutschland hat im europäischen und internationalen Vergleich sehr hohe Strompreise, noch mehr ist nicht möglich“, so beschreiben Vertreter der (energieintensiven) Industrie nicht selten die Lage ihrer Produktionsstandorte in Deutschland. Und es stimmt tatsächlich. Im Durchschnitt lagen die Industriestrompreise für deutsche Großabnehmer im Jahr 2010 mit 9,9 ct/kWh fast 70 Prozent höher als beispielsweise in Frankreich (5,9 ct/kWh). Und auch im Vergleich zum Durchschnitt der EU-27 (7,8 ct/kWh) bezahlten die hiesigen Unternehmen immer noch rund ein Viertel mehr für ihren Strom.

Allerdings gelten diese Vergleiche nur für Unternehmen, die nicht von den zahlreichen Ausnahmeregelungen profitieren, die in Deutschland bestehen (vgl. Abb 1.). Zieht man die Entlastungen, die der Industrie gewährt werden, vom nor-

malen Strompreis ab, sieht die Welt schon anders aus. So konnte ein Stahlwerk beispielsweise im Jahr 2010

Ausnahmetatbestand	Kriterien	finanzielles Volumen der Ausnahmen pro Jahr	
		2010	2011
Energie- und Stromsteuer: Steuerbefreiungen	Branchenzugehörigkeit (Art des industriellen Prozesses)	1,0 Mrd. Euro	1,2 Mrd. Euro
Energie- und Stromsteuer: Allgemeine Vergünstigung	Zugehörigkeit zum Produzierenden Gewerbe	2,5 Mrd. Euro	1,0 Mrd. Euro
Energie- und Stromsteuer: Spitzenausgleich	Verhältnis zu Rentenversicherungsbeiträgen, Belastung/ Entlastung durch ökologische Steuerreform	1,9 Mrd. Euro	2,2 Mrd. Euro
EEG: Besondere Ausgleichsregelung	Energieintensität (Verhältnis Stromkosten/ Bruttowertschöpfung), absoluter Stromverbrauch und Energiemanagementsystem	1,5 Mrd. Euro	2,0 Mrd. Euro
EEG: Eigenstromprivileg	Selbst erzeugter und verbrauchter Strom, insgesamt ca. 50 TWh p.a.	1,0 Mrd. Euro	1,7 Mrd. Euro <sup>5</sup>
KWK Umlage	Absoluter Stromverbrauch; für weitere Vergünstigungen zusätzlich Energieintensität (Verhältnis Stromkosten/ Umsatz)	0,2 Mrd. Euro (Ø 2009-2011) <sup>6</sup>	
Konzessionsabgabe	Absoluter Stromverbrauch	k.A.	
Strom Netzentgelte	Nutzungsdauer und absoluter Stromverbrauch	0,2 Mrd. Euro	0,3 Mrd. Euro <sup>7</sup>
Emissionshandel	(Über-)Zuteilung der CO <sub>2</sub> -Zertifikate auf Grundlage von Benchmarks	0,4 Mrd. Euro (Ø 2008-2010)	
<b>Summe</b>		<b>~ 9 Mrd. Euro p.a.</b>	

Abbildung 1 Ausnahmeregelungen für Industriebetriebe, Quelle: FÖS

den benötigten Strom für etwa 6,6 ct/kWh einkaufen. Durch die Ausnahmen findet also faktisch eine Angleichung der Strompreise statt.

Doch nicht jedes Unternehmen ist gleichermaßen energieintensiv. Im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes kann man von einem Anteil der Energiekosten (also Strom, Kraft- und Brennstoffe) an der Bruttowertschöpfung von rund 8 Prozent ausgehen. Bei den energieintensiven Grundstoffindustrien bewegt sich dieser Anteil hingegen zwischen 20 Prozent und 60 Prozent. Hier wirken sich Strompreissteigerungen sehr direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit einer Fabrik aus.

Wichtig ist zudem, dass in zusammenhängenden Wertschöpfungsketten gedacht wird, an deren Anfang die besonders energieintensiven Grundstoffindustrien stehen. Diese liefern wichtige Vorprodukte für die Energiewende. Kurzum: Es ist nicht nur im Sinne von Wohlstands- und Beschäftigungssicherung, sondern auch für das erfolgreiche Gelingen der Energiewende notwendig, dass wir einen starken Industriestandort mit vollständigen Wertschöpfungsketten erhalten. Nur so lassen sich die für die Energiewende notwendigen Endprodukte in Deutschland erfinden und umweltfreundlich produzieren.

Nach einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft belaufen sich die gesamten Entlastungsregelungen der Industrie auf rund 9 Mrd. Euro. Finanziert werden die Entlastungen entweder über Umverteilungen beim Strompreis oder über den Bundeshaushalt. Die Vergabekriterien sind dabei jedoch höchst unterschiedlich, so dass auch der Kreis der Nutznießer entsprechend unterschiedlich ausfällt.

Im Strompreis schlagen sich vor allem die EEG-Härtefallregelung und das EEG-Eigenstromprivileg nieder. Die Härtefallregelung begrenzt die EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen nach einem Stufenmodell. Mit dem EEG-Eigenstromprivileg wird die unternehmenseigene Stromerzeugung von der EEG-Umlage befreit. Beide Entlastungsregelungen hatten im Jahr 2011 ein Volumen von rund 3,7 Mrd. Euro. Dadurch erhöhte sich die EEG-Umlage für Privathaushalte und nicht begünstigte Unternehmen um 0,8 ct/kWh. Einem Durchschnittshaushalt mit 3.500 kWh Jahresverbrauch entstanden in 2011 somit Mehrkosten von knapp 30 Euro, so dass er insgesamt etwa 125 Euro für die Förderung der erneuerbaren Energien bezahlen musste (EEG-Umlage 2011: 3,59 ct/kWh).

Aufgrund der beschlossenen Absenkung des Eingangsschwellenwertes werden das Entlastungsvolumen und die Anzahl entlasteter Unternehmen in 2013 stark zunehmen. Auf der anderen Seite hat aber der gestiegene Anteil der erneuerbaren Energien einen dauerhaft preisdämpfenden Effekt an der Strombörse (sog. Merit-Order-Effekt). Durch den Vorrang des Ökostroms werden teure preissetzende Kraftwerke stundenweise vom Markt gedrängt, was auch den Abstand von Börsenpreis und Einspeisetarifen vergrößert. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums war für 2010 eine Absenkung der Spotmarktpreise durch regenerative Einspeisung um 0,5 Ct/kWh zu verzeichnen. Diese dürfte sich zumindest auch anteilig auf die für Großkunden so wichtige Preisbildung am Terminmarkt niederschlagen. Energieintensive Großverbraucher können daher neben einer Begrenzung der EEG-Umlage auch von gesunkenen Börsenstrompreisen profitieren.

Für den DGB ist klar, dass die diskutierten Entlastungsregelungen grundsätzlich aus den eingangs genannten Gründen erhalten bleiben müssen. Deshalb macht es auch keinen Sinn, verschiedene Akteure gegeneinander auszuspielen. Allerdings könnten einige Maßnahmen helfen, die Umverteilung zu begrenzen und die Akzeptanz dieser Regelungen deutlich zu verbessern.

### **1. Mehr Transparenz schaffen**

Dort, wo es zur Umverteilung zugunsten einzelner Wirtschaftsbereiche wie beim EEG kommt, brauchen wir mehr Transparenz. Insofern ist es verständlich, dass die befreiten Unternehmen so lange nicht veröffentlicht wurden. Dies ist schon deshalb ungünstig, weil sich die notwendigen Ausnahmen sehr viel besser rechtfertigen lassen, wenn der Öffentlichkeit bekannt ist, welche Unternehmen konkret von den Entlastungen profitieren.

### **2. Zielgenauigkeit erhöhen**

Klar ist aber auch, dass die Zielgenauigkeit der umverteilten Mittel verbessert werden muss. Für Unternehmen, die nicht (und auch nicht mittelbar) im internationalen Wettbewerb stehen, ist es durchaus zumutbar, höhere Lasten zu tragen. Die Zusammenhänge innerhalb der Wertschöpfungsketten müssen hierbei jedoch sehr sorgfältig berücksichtigt werden. Auch das The-

ma Wettbewerbsverzerrungen zwischen großen und kleinen Unternehmen ist dabei zu thematisieren.

### 3. Missbrauchsmöglichkeiten beschränken

Dort, wo Kriterien kreativ umgangen werden, beispielsweise durch die Ausgründung einzelner Unternehmensteile, müssen künftig klare Grenzen gezogen werden. Sprich: Missbrauch muss erschwert werden.

All diese Maßnahmen können helfen, die umzuverteilenden Mittel zu begrenzen. Den Anstieg der EEG-Umlage können sie jedoch nur abmildern. Deshalb ist auch der Staat gefragt. Er muss einen Anteil leisten, der auch den Haushalten zu Gute kommt. Der Verzicht auf die Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage kann dabei ein erster Schritt sein. Damit eine Mehrwertsteuerbefreiung beim Endkunden ankommt, müssten die Stromlieferanten allerdings verpflichtet werden, diese an die Endkunden weiter zu reichen. Außerdem müssen wir die Energieeffizienz deutlich steigern, da wir so den steigenden Preisen am effektivsten begegnen können. Ein gut gefüllter Energieeffizienzfonds sollte insbesondere einkommens-

schwache Haushalte beim Erwerb energieeffizienter Geräte unterstützen.

Für den DGB ist und bleibt eine faire Kostenverteilung während der Umbauphase unserer Energieversorgung entscheidend. Dass dieser notwendige Umbau nicht zum Nulltarif zu machen ist, war allen Beteiligten bewusst. Und gerade deshalb kommt es auch auf die Effizienz bei der Förderung der erneuerbaren Energien an. Hier wurden ambitionierte Degressionspfade für die Einspeisevergütungen vorgegeben, die zu einer Kostenentlastung führen. Auch über sinnvolle Änderungen müssen wir nachdenken. Doch sollten diese nicht im Hau-Ruck-Verfahren erfolgen, um Verwerfungen für Beschäftigte und Unternehmen zu vermeiden. Wir brauchen ausreichend Zeit, um eine sinnvolle Nachfolgeregelung, eingebettet in ein Strommarktdesign der Zukunft, auf den Weg zu bringen.

*Autor: Frederik Moch*

## Wie neu ist die „neue Industriepolitik“ der EU?

*„In Zeiten anhaltender Finanzprobleme braucht Europa mehr denn je seine Realwirtschaft zur Ankurbelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“. Dies ist das Credo der am 10. Oktober veröffentlichten Mitteilung der Europäischen Kommission zur Industriepolitik. Die Europäische Kommission steckt mit dieser Mitteilung ihre industriepolitischen Ziele für die nächsten Jahre ab: es geht um die Re-Industrialisierung Europas und den Anstieg des Anteils der Industrie am europäischen BIP von gegenwärtig 16 Prozent auf 20 Prozent bis 2020.*

Die Mitteilung zur Industriepolitik ist in den letzten Wochen mit Spannung erwartet worden. Die Erwartungen waren vor allem deshalb so groß, weil im Vorfeld der Mitteilung neue Maßnahmen angekündigt wurden, mit denen Antworten auf gleich zwei der drängendsten Probleme gegeben werden sollen: die wirtschaftliche Krise und die Klimakrise. Es geht um die Ankurbelung der industriellen Produktion und den Übergang auf eine CO<sub>2</sub>-arme ressourceneffiziente Wirtschaft.

Mit dem Mitteilungsentwurf hat die EU-Kommission ihre Leitinitiative zur Industriepolitik überarbeitet, die im Oktober 2010 im Rahmen der 2020 Strategie angenommen wurde. Der neue Ansatz löst die frühere Initiative nicht

ab, soll aber die europäische Industriepolitik mit neuen Schwerpunkten anders justieren.

### Was ist neu an der „neuen Industriepolitik“?

Hintergrund der Neuausrichtung sind die gegenwärtig erkennbaren Schwächen in der europäischen Industrie. Seit der Wirtschaftskrise sind in Europa 3 Millionen Industriearbeitsplätze verloren gegangen. In zentralen Branchen sind eklatante Fehlentwicklungen zu erkennen: die europäische Solarbranche durchläuft eine Welle von Insolvenzen und die europäischen Automobilunternehmen spüren die Folgen der Krise mit großer Wucht. Noch schlimmer ist die Situation bei den Lithiumbatte-

rien. Hier ist es nicht gelungen, aus den Ergebnissen der europäischen Forschung Wettbewerbsvorteile für die Industrie zu generieren. Europäische Unternehmen, so die Kommission in ihrer Mitteilung, halten 30 Prozent der relevanten Patente, aber produziert werden die Batterien fast ausschließlich außerhalb der EU.

Die Maßnahmen, die die Kommission zur Bewältigung dieser Probleme vorschlägt, konzentrieren sich auf vier „Säulen“:

1. *Investitionen*: Schaffung der Rahmenbedingungen für ein investitionsfreundliches Klima
2. *Marktzugang*: Neubelebung des Handels im Binnenmarkt und Erschließung neuer internationaler Märkte
3. *Zugang zu Kapital*: Vereinfachung der Finanzierungsinstrumente zur Förderung von Innovationsaktivitäten (Horizon 2020, Kohäsionspolitik, Europäische Investitionsbank) und verbesserter Zugang zum Kapitalmarkt,
4. *Humankapital*: Umbau der Wirtschaft zur Schaffung neuer und hochwertiger Arbeitsplätze.

Darüber hinaus werden sechs vorrangige Bereiche als „Handlungsschwerpunkte“ definiert, auf die sich die vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen ausrichten sollen:

- i. fortgeschrittene Fertigungstechnologien für saubere Produktion,
- ii. nachhaltige Industrie- und Baupolitik und nachhaltige Nutzung von Rohstoffen,
- iii. saubere Fahrzeuge,
- iv. biobasierte Produkte,
- v. Schlüsseltechnologien (Mikro- und Nanotechnologie, Materialwissenschaften, Biotechnologie, fortgeschrittene Fertigungssysteme etc.) und
- vi. intelligente Stromnetze.

Neu an der aktualisierten Strategie der Kommission ist auch die Ankündigung, dass die staatlichen Behörden in Zukunft proaktiver agieren werden und dass durch Verflechtungen von Forschungs-, Innovations-, Energie-, Umwelt-, Kohäsions- und Qualifikationspolitik der integrative Charakter der europäischen Industriepolitik stärker herausgestellt wird.

### **Bewertung aus gewerkschaftlicher Sicht**

Der DGB teilt die Auffassung der Kommission, dass Europa eine vitale Industrie braucht, um seinen Wohlstand zu erhalten und seine sozial- und umweltpolitischen Ziele zu verwirklichen. Ein neuer Ansatz, der auf die Förderung von Innovationen in zentralen Schlüsselbranchen und ein nachhaltiges Wachstum in der Realwirtschaft zielt, ist vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen Probleme in der EU dringend erforderlich. Dabei ist vor allem die Kombination von horizontaler und sektoraler Industriepolitik zu begrüßen.

Trotz der Stärken setzt die neue Strategie jedoch auch wesentliche Schwächen der früheren Politik fort. Bedauerlich ist vor allem, dass auf die Entwicklung eines Zukunftsinvestitionsprogramms verzichtet wurde und die Europäische Kommission sich stattdessen auf eine schwache Rolle der „Schaffung günstiger Rahmenbedingungen“ zurückzieht. Der Weg zu einem nachhaltigen Modell des Wirtschaftens setzt aber eine aktive Industriepolitik voraus, die Forschung und Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau der industriellen Wertschöpfungsketten und ihrer Dienstleistungen lenkt. Es geht dabei nicht nur um die Förderung der sogenannten „grünen Branchen“. Auch in den klassischen Produktionszweigen, inkl. der energieintensiven Industrie, müssen die Unternehmen, vor allem die KMUs, darin unterstützt werden, nachhaltige Geschäftsmodelle zu entwickeln und Innovationen anzustoßen, die die Ressourceneffizienz steigern. Die in der neuen Mitteilung enthaltenen Instrumente können wichtige Schritte in diese Richtung einleiten. Sie reichen für die industrielle Erneuerung Europas in der Breite – von den Grundstoffindustrien bis hin zu den High-Tech-Bereichen - aber nicht aus.

Ein Schlüsselement einer aktiven Industriepolitik ist die Schaffung „Guter Arbeit“. Der europäische Gesetzgeber steht damit in der Pflicht, im Strukturwandel für einen echten Interessensausgleich zu sorgen und die Anforderungen der Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen und ihrer Interessenvertretungen angemessen zu berücksichtigen. Der DGB erwartet zudem, dass im Rahmen einer nachhaltigen Industriepolitik ausreichende und gute Ausbildungsmöglichkeiten, die Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung und die Weiterentwicklung der

Voraussetzungen für lebenslanges Lernen gewährleistet und gefördert werden. Beides kann nur durch die breite Verankerung eines sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern in Europa sichergestellt werden. Zu begrüßen ist, dass die Bedeutung des sozialen Dialogs für die Gestaltung der Beschäftigungspolitik in der Mitteilung positiv hervorgehoben wird. Es bleibt allerdings zu hoffen, dass dies auch nach der Krise noch Bestand hat.

Zum Weiterlesen:

Link zur Mitteilung der EU-Kommission [„Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“](#)

*Autorin: Dr. Inge Lippert*

## Bericht zur Fachkonferenz des DGB „Finanzierung des Energieumstiegs“

Welche finanziellen Mittel sind notwendig, um die Energiewende zu bewältigen? Aus welchen Quellen können diese Mittel generiert werden? Welche neuen Finanzierungsmodelle sollten künftig eine größere Rolle einnehmen, um der Umsetzung des Energieumstiegs neuen Auftrieb zu verschaffen? Und wie müssen die Rahmenbedingungen gestaltet sein, um die Finanzierung in erneuerbare Energien und Energieinfrastrukturen besser in Gang zu bringen? Mit diesen Fragen hat sich die Fachkonferenz „Finanzierung des Energieumstiegs“ beschäftigt, die am 11. Oktober 2012 von DGB und Hans-Böckler-Stiftung in Berlin durchgeführt wurde.

Die Schwierigkeiten, die beschlossene Energiewende im geplanten Zeitrahmen wirtschaftlich sinnvoll umzusetzen, werden deutlicher. Eine Gesamtarchitektur fehlt immer noch. Wie Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, in seiner Einleitung zur Konferenz betonte, haben wir es mit **fünf Engpässen** zu tun, die überwunden werden müssen: **Speicher, Netze, Fachkräfte, Akzeptanz** und **Investitionen**.

Eine Lehre der Finanzkrise sei, so Hexel, „dass es wieder verstärkt darum gehen muss, Geld in die Realwirtschaft zu investieren und damit reale Werte und Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt Kreditblasen zu produzieren.“ Kapital zur Finanzierung der Energiewende ist im Übermaß vorhanden. Es fehlt jedoch an klaren gesetzlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die eine gesicherte Finanzierung ermöglichen. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa insgesamt.

### Unsicherheit bei Investoren

Bei den Windkraftanlagen am Land (Onshore) und den Solaranlagen ist das Problem deutlich kleiner als bei den Offshorewindparks, den Energiespeichern, den Reservekraft-

werken und beim Netzausbau. Gerade im Offshore-Bereich gibt es wachsende Liquiditätsprobleme bei zentralen Akteuren, überhöhte Renditeansprüche bei den klassischen Finanzinvestoren sowie offene Haftungsfragen. In Folge kommen die Investitionen für notwendige Projekte immer häufiger nicht in Gang. Es bleibt offen, welche Offshoreparks noch entstehen und welche Überlandleitungen dafür gebraucht werden.

Diese Entwicklungen drohen die Energiewende erheblich zu verzögern. Schon jetzt wird über die Folgen spekuliert: Mehrkosten für konventionelle Kraftwerke und zusätzliche Gaskraftwerke als Brückenlösungen sind noch das geringere Übel. Das größere ist, dass die Energiewende insgesamt zu scheitern droht. „Keine auskömmlichen Renditen, keine Wende“ – so jedenfalls fassen die Banken und klassischen Finanzakteure die Situation zusammen.

### Innovative Finanzierungskonzepte - Beispiele aus der Praxis

Wenn die herkömmlichen Finanzierungsmethoden an ihre Grenzen stoßen, können neue, innovative Ansätze helfen, zusätzliches Kapital zu erschließen. Energiegenossenschaft-

ten und Bürgerwindparks zeigen beispielsweise, dass Finanzmittel für erneuerbare Energien und Infrastrukturen auf ganz neuen Wegen mobilisiert werden können. Durch finanzielle Teilhabe der Bürger kann gleichzeitig auch die Akzeptanz für große Infrastrukturprojekte gesteigert werden.

Die Konferenz hat am Nachmittag zahlreiche Beispiele für solche innovativen Finanzierungsansätze aufgezeigt. Der Praxisteil wurde eröffnet von **Thomas Stiefelhagen** vom Verband Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). Der Schwerpunkt seines Vortrags lag auf den Investitionsschwerpunkten der Stadtwerke. Stadtwerke, so Stiefelhagen, beleben durch Investitionen und Innovationen den Wettbewerb. Sie sind bereit, „unter neuen Rahmenbedingungen vermehrt in ein klimafreundliches und versorgungssicheres, dezentrales Energiesystem zu investieren.“ Hierzu benötigten sie aber stabile und langfristige Rahmenbedingungen sowie einen integrierten Ansatz zur Anpassung des Energiemarktdesigns.

**Dieter Brübach** von der B.A.U.M e.V. hat anschließend einen Zukunftsfond vorgestellt, der als Anlage und Finanzierungsinstrument für die Energiewende dienen kann. Der Zukunftsfonds - 1984 gegründet, um neues privates Kapital für nachhaltige Entwicklung zu gewinnen -, ist vor allem auf Energieeffizienz- Investitionen ausgerichtet. Der Fonds ist kein Finanzinstitut und kein Leasingunternehmen. Er erwirbt vielmehr energieeffiziente Technik, z.B. Beleuchtungsanlagen, und stellt diese Technik dann dem Endnutzer zur Verfügung. Als Nutzungsentgelt überträgt der Endnutzer einen Großteil der Einsparungen auf den Fonds, so lange, bis die Anlage abbezahlt ist. Danach kann der Endnutzer für einen symbolischen Betrag das Eigentum an den Anlagen erwerben.

Einen Bürgerbeteiligungsansatz zur Finanzierung der Energiewende stellte **Micha Jost** von der Energiegenossenschaft Starkenburg vor. Die Energiegenossenschaft hat sich zum Ziel gesetzt, alle Arten der erneuerbaren Energien auszubauen und einen Nutzen für möglichst viele Bürger in der Region zu stiften. Möglichst viel Arbeit soll dabei auf Ehrenamtsbasis erbracht werden. Die Energiegenossenschaft ist

unabhängig von Kommunen, Banken, Energieversorgern, Parteien und Verbänden. Sie wurde 2010 von 13 hessischen Bürgern gegründet und ist inzwischen auf 474 Mitglieder (Warteliste > 400) angewachsen. Durch die Energiegenossenschaft werden Bürgersolaranlagen, Windparkprojekte sowie Projekte für Kleinwasserkraftnutzung und Nahwärmenetz finanziert.

Von **Christian Sprute**, Mitglied des VW Betriebsrats im Werk Emden, wurde schließlich ein Mitarbeiterbeteiligungsansatz vorgestellt, der das ökologische Ziel des Volkswagenwerks Emden, nämlich das Werk zu einer Think Blue Factory zu entwickeln, unterstützt. Erreicht werden soll dieses Ziel, indem die Verschwendung von fossiler Energie vermieden und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Neben Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, der Betreuung von 11 Windkraftanlagen und der Errichtung eines „Energiewaldes“, wurde durch den Betriebsrat im Jahr 2008 eine Belegschafts-genossenschaft gegründet. Getragen durch diese Genossenschaft wurde mit einer Investition von 1,34 Mio. € eine der größten Photovoltaikanlagen in Ostfriesland aufgebaut. Die Anlage erzeugt rund 265 MWh/a und vermeidet jährlich 190 Tonnen CO<sub>2</sub>. In die Genossenschaft sind 227 Beschäftigte eingebunden. Positive Effekte sind laut Sprute: eine stärkere Mitarbeiterbindung, eine Verbesserung der Mitbestimmungskultur, Imagegewinn für Volkswagen, ein Beitrag zum langfristigen Ziel einer CO<sub>2</sub>-freien Fabrik, eine nachhaltige Anlageform mit einer Rendite von mindestens 5 Prozent und ein Beitrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung.

Die Beispiele machen deutlich, dass sich mit innovativen Finanzierungsansätzen nicht nur eine materielle Rendite für die Investoren erzielen lässt. Sie schaffen gleichzeitig auch einen gesellschaftlichen Nutzen durch Akzeptanz, indem sie das Mehrgenerationenprojekt „Energiewende“ voranbringen. Ökonomische, ökologische und soziale Ziele bei der Finanzierung müssen sich daher nicht ausschließen, sondern lassen sich in neuen Finanzierungsansätzen ideal verbinden.

*Autorin: Dr. Inge Lippert*

## Plattform

**EVG forderte auf Gewerkschaftstag einen Masterplan Verkehr.** Auf ihrem ersten Gewerkschaftstag forderte die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) erneut einen Masterplan Verkehr. Die EVG steht für eine ökologische Verkehrswende, die ein wesentliches Element der Energiewende sein muss. In dem Masterplan Verkehr müssen die Fragen nach dem Verkehr der Zukunft beantwortet werden. Welche Rolle spielen einzelne Verkehrsträger in einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept? Wie sieht deren ökonomisch und ökologisch sinnvolle Verknüpfung aus? Daran anschließend müssen die Infrastrukturinvestitionen und alle politischen Maßnahmen an diesen Zielen ausgerichtet werden. Die EVG setzt sich für Maßnahmen ein, die das System Schiene stärken und vor allem Arbeitsplätze sichern. Die EVG hat sich auf ihrem Gewerkschaftstag noch einmal deutlich zum Zusammenschluss der Gewerkschaften TRANSNET und GDBA zur EVG als ist die richtige gewerkschaftliche Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft bekannt. Nur mit vereinten Kräften können Gewerkschaften Lohn- und Sozialdumping verhindern. Wir gratulieren dem wiedergewählten Vorstand der EVG und besonders Alexander Kirchner als Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG).

**Was?** 1. Ordentlicher Gewerkschaftstag der EVG

**Wann?** 28.10. bis 1.11.12 in Berlin

**Ministerpräsidenten einigen sich auf gemeinsame Eckpunkte zur Energiewende.** Am 25. und 26. Oktober 2012 haben die Ministerpräsidenten auf Schloss Ettersburg bei Weimar eine Einigung zu einer nationalen Strategie der Energiewende erzielt. In ihrem gemeinsamen Eckpunktepapier haben sich die Länder bereit erklärt, ihre eigenen Planungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Interesse einer übergreifenden Lösung zu modifizieren. Das

EEG, so die Regierungschefs, soll auch weiterhin auf den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtet bleiben. Es soll jedoch so weiter entwickelt werden, dass Investitionssicherheit gewährleistet bleibt, Strukturbrüche und hohe Kosten aber vermieden werden. Die Ministerpräsidenten sprechen sich entschieden gegen weitere Belastungen der Stromverbraucher aus. Die Strompreise müssen durch sozialverträgliche und industriepolitische Gestaltung und durch Hilfestellungen beim Stromsparen (Energieberatung, Ersatz ineffizienter Hausgeräte) im Rahmen gehalten werden. Laut Beschluss soll die Bundesregierung bis spätestens Ende des ersten Halbjahrs 2013 gebeten werden, gemeinsam mit den Ländern und der Bundesnetzagentur einen auf die Energiewendekonzepte der Länder abgestimmten Vorschlag für einen ordnungspolitischen Rahmen zu entwickeln.

Link zum [Beschluss der Ministerpräsidenten](#)

**Fachkongress „Wer schafft die Verkehrswende?“.**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hans-Böckler-Stiftung luden Vertreter von Verkehrs-, Umwelt-, Verbraucherverbänden, der Wirtschaft und aus den Gewerkschaften am 23. Oktober in Berlin zu einem Fachkongress „Wer schafft die Verkehrswende?“ ein.

Link zur [Dokumentation der Veranstaltung](#)

Link zum [Interview mit DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel „Energiewende: Sparziele nur mit neuen Verkehrskonzepten erreichbar“](#)